

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. März.

62. Sitzung. Nachm. 1 Uhr.

Am Abg. des Bundesrats: v. Stephan, v. Marshall und Kommissionen.

Die Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung wird fortgesetzt bei den einmaligen Ausgaben. Zur Verteilung eines Dienstgebäudes in Forst (Kauf) werden als erste Rate 90000 Mk. verlangt.

Abg. Prinz Carolath (mtl.) tritt für Forst ein, welches sich in den letzten 10 Jahren gewaltig entwickelt habe.

Der Etat wird beantragt. Bei den Ausgaben für Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Wilmrode (alte Rate 70000 Mk.) wünscht Abg. Graf Schlieffen-Schlieffenberg (dt.) eine Beschäftigung der einmündigen Handwerker bei den Holzarbeiten.

Staatssekretär v. Schilling: Die Wünsche des Redneres werden sich vollständig mit den Anforderungen der Behörde vereinbaren lassen. Die im Entwurf befindlichen, aus das lokale Handwerk Rücksicht zu nehmen, und wir haben von vielen Seiten anerkannter Zustimmung und Dankbezeugungen für diese Bestimmungen erhalten.

Der Etat wird beantragt. Für die Verteilung eines Dienstgebäudes in Magdeburg werden 233300 Mk. als erste Rate verlangt.

Abg. v. Heeremann (Str.) beantragt, die Verteilung an die Budget-Kommission zurückzugeben, weil durch den Postbau ein schones altes Haus in Wegfall kommt, dessen Verkauf einkommensmäßig sei.

Staatssekretär v. Schilling: Ich erlaube mir, dem Redner entgegen zu setzen, dass die Frage in der Budgetkommission näher zu prüfen.

Abg. Klees (Soz.) hält den Neubau für dringend notwendig, glaubt aber auch, daß das aus früheren Jahrzehnten kommende Haus einkommensmäßig sei; man sollte nicht glauben, daß die Sozialdemokraten keinen Sinn für das Schöne und Ideale haben.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) empfiehlt den Neubau, da das alte Gebäude sehr viel zu wünschen übrig lasse.

Der Etat wird beantragt. Für die Verteilung eines Dienstgebäudes in Orlitz (Schlieffen) sind 98500 Mk. als erste Rate verlangt.

Abg. Schmidt-Warburg (Str.) findet die Steinmauerarbeiten sehr teuer. Wenn die Sozialdemokraten schon anfangen, für Kunst einzutreten und Sozialhilfe verlangen, kann wird die Zauberei in ihren höchsten Stufen nicht ausreichen, um Alles zu befriedigen.

Der Etat wird beantragt. Die Kommission beantragt ferner, die Fortsetzung von 110890 Mk. für Erweiterung eines Hauptplatzes in M. e. b. zu erteilen. Der Etat wird genehmigt.

Es folgen die Einnahmen. Die Einnahmen aus Post- und Telegraphenbetriebe sind auf 271700 Mk. veranschlagt; die Kommission beantragt eine Erhöhung auf 250 Millionen Mark.

Ferner beantragt Abg. Müller-Sagan: Den Reichstag für einreden, nämlich bei Aufstellung des Etats in den Erläuterungen zu Titel I der Einnahmen des Reichsprojekts nachzusehen, wie sich in der vorhergehenden Zeit die Einnahmen 1) aus Wette, 2) aus Telegraphengebühren, 3) aus Telephongebühren geändert haben.

Ferner beantragt die Kommission folgende Resolution: Bei Aufstellung der Einnahmen die Einnahme aus dem Fernsprechverkehr getrennt aufzuführen.

Die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Einnahmen wird angenommen.

Abg. Müller-Sagan (Str. Sp.): Mir ist gelang worden, daß sich die Fernsprechgebühren mit 12 1/2 Proz. vermindern. (Hört! links.)

Staatssekretär v. Stephan: Wenn es sich nur um approximative Zahlen handelt, nicht um genaue Zahlen, so können wir mit dem Antrag einverstanden sein.

Der Antrag Müller-Sagan wird angenommen, wodurch der Antrag der Kommission erledigt ist.

Im Ubrigen werden die Einnahmen ohne Debatte genehmigt. Damit ist der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung erledigt.

Vorstand v. Vechow: Der Abg. Fischer hat folgenden mit Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichneten Resolutionen Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: I. den Herrn Abg. Spahn zu ersuchen, in Verbindung des Reichstages v. Vechow das Präsidium im Reichstage zu übernehmen, so lange die Herren Reichspräsidenten von Vechow-Beckenberg und Dr. Müller beurlaubt sind; II. zur Unterstützung des Schlußwortes an den Herrn Abg. Spahn die Bitte um Annahme dieses Antrages zu richten.

Ich nehme an, daß die Antragsteller den Antrag als einen schließlichen in Aussicht genommen, daß sie keine weitere Beratung wünschen. Geschäftsverordnungsamtliche Bedenken liegen nicht entgegen, wenn nicht Mitglieder des Hauses dagegen protestieren. Dies ist nicht der Fall. Ich eröffne die Diskussion über den Antrag. Ich schreibe sie, da sich Niemand zum Wort meldet. Der Antrag kann nur angenommen werden, wenn Niemand widerspricht. Es widerspricht Niemand. Der Antrag ist angenommen.

Abg. Spahn: Ich nehme die Wahl an. Darauf folgt der Etat der Reichsbankerei. Bei den Ausgaben weiß

Abg. Herbert (Soz.) darauf hin, daß in der Reichsbankerei sehr viel mehr Aufseher und Nichts thunende Personen vorhanden seien, als in anderen Banken.

Staatssekretär Fischer: In der Kommission sind keine Beschwerden über derartige Beschwerden geäußert worden, deshalb bin ich nicht darauf gefaßt, daß heute solche Dinge vorgebracht werden: ich bin deshalb auch nicht in der Lage, in Einzelheiten einzutreten. Aber ich nehme, gestützt durch frühere Erfahrungen, die Beamten der Reichsbankerei gegen die anderen Reichsbankungen in Schutz. Der Reichsbankdirektor ist sich bewußt, daß er auch in den Einrichtungen für ihre Arbeiter eine Musteranstalt sein soll. Sie ist bemüht, ihre Aufgabe zu erfüllen. Es giebt wohl keinen Betrieb, in welchem die Arbeiter so lange hinter einander ständig beschäftigt sind, wie in der Reichsbankerei.

Die Ausgaben und Einnahmen werden darauf beantragt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Beim Gehalt des Staatssekretärs fragt

Abg. Sasse (nl.) ob die gegenwärtige Vertretung des Deutschen Reiches in Venezuela für mehrere Interessen ausreicht sei.

Staatssekretär v. Marschall: Im Juli 1894 hat die Vertreter von Deutschland, Spanien, Frankreich und Belgien zusammengetreten, um sich darüber festzusetzen, auf welchem Wege am wirksamsten die Reklamationsverfahren europäischer Staaten aus Venezuela des vorangegangenen Wintertrages in Venezuela zum Austrage gebracht werden könnten.

Ein Konsultus war nach der Meinung dieser Vertreter nur dann zu erreichen, wenn die vier Staaten gemeinsam bei der Regierung von Venezuela vorzutreten würden. Das Dokument überließ, welches nur zur Information der betreffenden Regierung bestimmt war, ist eine sehr scharfe Kritik an dem Verhalten der venezolanischen Regierung und ist in Venezuela abgelehnt, die sich nicht für die Verantwortlichkeit bekümmern.

Die Verhandlungen sind auch dem italienischen Konsulatspräsidenten übergeben worden, und offenbar durch ein Versehen ist dieses von den vier Vertretern unterzeichnete Attest in italienischer Sprache veröffentlicht worden. Das hat nun bei der Bevölkerung von Venezuela eine sehr große Erregung hervorgerufen, auch nach den mit darüber gewordenen telegraphischen Mitteilungen, die der Regierung kein anderes Mittel zu haben, um diese Erregung einzudämmen zu befehlen, als dem französischen und dem belgischen Vertreter, die noch dort anwesend waren und das Attest nicht unterzeichnen durften, ihre Bänke zu verlassen.

Die französische Regierung hat inzwischen auch dem Vertreter von Venezuela in Paris die Bänke gegeben. Wenn in der Sache denn die Rede gewesen ist, daß unter Umständen in Caracas zu dieser Sache in irgend welcher Beziehung steht, so ist dies nicht zutreffend, denn er war schon vorher aus Holland gegangen.

Die geäußerten Misstrauensbeweise, hat einen vorliegenden Antrag 7500 Mk. und für Bureaukosten 16300 Mk. werden ohne Debatte beantragt.

Bei dem Kapitel Gehaltsforderungen und Annullate, und zwar bei der Gehaltsforderung in Athen, fragt Abgeordneter Schmidt-Warburg, welche Schritte die verbindlichen Regierungen gehen haben oder zu thun gedenken, um den idiosyncratischen Inhabern griechische Wertpapiere zu beschaffen, welche er nicht in Athen verkaufen kann, und daß die Regierung habe, um solche anzuweisen (weiter), daß aber aus seinem Wahlkreis bittere Klagen an ihn gekommen seien.

Staatssekretär v. Marschall: Dieser Fall ist leider nicht der erste und ich fürchte, er wird auch nicht der letzte sein, weil nicht alle so vorsichtig sind, daß er keine falschen Wertpapiere kauft, auch kein Richter, Richter über die Ausgabe ausfindig zu machen, und die Regierung geht von dem Grundsatze aus, daß, wenn Deutsche ihr Geld in fremden Staatsfonds anlegen und nachher Noth leiden, dann in erster Reihe die Schuldiger der Interessen wahrnehmen, Komites sitzen und sich mit den Komites anderer Staaten in Verbindung setzen müssen, und daß die Aufgabe der deutschen Regierung darin liegt, den Interessen der Zahl und die Unterstellung ausfindig zu lassen, auf welche jeder Deutsche Anspruch hat, der mit dem Ausland redet, mit welchen Mitteln, das hängt weitest von der Natur des einzelnen Falles ab und die Aktion kann eine sehr verschiedene sein, wenn der Rechtsbruch besonders schwer war und besonders blutige Verletzungen des Gewissens von Reich und Willigkeit berührt und Frey und Glauben verletzt sind. Andererseits

dann der, welcher sein Geld in ausländischen Staatsfonds anlegt, um höhere Zinsen zu erhalten, als sie bei uns zu bekommen kann, nicht ohne Bedenken der Belästigung seiner Mitbürger die Wertpapiere aufzukaufen, wenn sein Vertrauen getrübt wird, für ihn einzutreten. Von 1881 bis 89 wurden im Ganzen griechische Anleihen von etwa 465 000 000 Mk. aufgelegt, von denen ich nicht gedenke genauer Schätzung ist noch 200 Millionen in den Händen deutscher Staatsangehöriger befinden. (Bezeugung) Für einen Betrag von etwa 300 Millionen fand von der griechischen Regierung Hypotheken, Zinsen, Steuern ausdrücklich verpfändet worden. Im Dezember 1893 legte die griechische Regierung dem Komitee einen Gesetzentwurf vor, wonach die Inhaber auswärtiger Zinsen nur noch 30 Proz. der Zinsen erhalten sollten und das Uebrige in die Staatskasse fließen sollte. Trotz des fortwährenden Protestes des deutschen Konsuls und des französischen Konsuls wurde der Gesetzentwurf angenommen. Der deutsche Konsul erhielt dann wieder den Auftrag, einen schriftlichen Protest an die griechische Regierung zu richten. Sowohl in Deutschland wie in Frankreich und England bildeten sich Komites. Wenn befehligt wird, daß wir uns mit ähnlichen Fällen später wieder zu beschäftigen haben könnten, so sollte man glauben, daß derartige Vorgänge doch eine recht ernste Warnung für alle die sind, welche Geld anlegen haben. Wenn ich aber sehr, welche Faktoren dabei zusammen wirken, der Wunsch, höhere Zinsen zu genießen, als das Ausland gewähren kann, die Besorgnis, Alles zu glauben, was in einem gedruckten Prospekt des deutschen Konsuls und des französischen Konsuls steht, das die griechische Regierung inoffiziell behauptet, so ist eine Hoffnung, daß diese Befehreung eintritt. Der Redner hat den Finger in eine wunde Stelle gelegt, weil, wenn solche Fonds angeboten werden, wir sehen, daß der große Teil derselben sich nicht etwa in den Händen griechischer Kapitalisten, sondern immer und meistens Leute befindet, und es ist kaum bei den wertungsfähigen wie griechischen Fonds eine Zusage, daß jährliche Leute die Expatriate ihres ganzen Lebens in solchen Fonds anlegen. (Abg. Singer: Warum waren sie so dummsinnig?) Die Leute sollten die Augen aufmachen und nicht Alles glauben, was ihnen erzählt wird (Sitz ruhig) und sie sollten doch den Sachverhalt, den ich Ihnen mitteilen will, bei den wertungsfähigen wie griechischen Fonds eine Zusage, daß jährliche Leute die Expatriate ihres ganzen Lebens in solchen Fonds anlegen.

Abg. Graf Limburg-Straum (dt.): Wenn der Finanzminister Staatspapiere dem allgemeinen Publikum folgt, so darf darüber Niemand klagen, außerdem haben die Käufer gewußt, daß die Papiere event. der Rückzahlung unterliegen.

Abg. Graf Marnitz (Sp.): Die Inhaber-Papiere sind ebenfalls entschuldiger als die Käufer solcher Papiere, weil die griechische Anleihe garantiert war. Die Regierung sollte aber Maßnahmen treffen, um die Emittenten zu vermindern, solche Papiere in Zukunft nicht zu emittieren.

Abg. Prinz Carolath (mtl.) tritt für den Antrag von Söllich ein. Die Verträge mit dem Anbau fremder Holz, die vielfach abgeschlossen sind, werden nicht aus, wenn man die fremden Holzger nicht an ihrem Heimathort beibringen kann.

Der Antrag der Kommission wird mit dem Antrag von Söllich angenommen.

Bei den Ausgaben zur Unterhaltung deutscher Schulen im Auslande empfiehlt Abg. Jaffe (mtl.) eine Erhöhung des Fonds und bringt zur Sprache, daß eine aus diesem Fonds unterstützte Schule in Belgien in Konflikt gekommen sei mit der belgischen Regierung, welche Staatssekretär v. Marschall: Aus Belgien sind die Personen, welche zu dem Konflikt Anlaß gegeben haben, entfernt worden. Die einmaligen Ausgaben werden ohne Debatte genehmigt; ebenso die Einnahmen.

Die auf die Kolonien bezüglichen Etatartikel sind ausgelesen und werden mit dem Kolonialrat zusammen beraten.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Kolonialrat.)

Hierdurch beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, daß ich vom 18. d. Mts. ab mein

Tapissere-Geschäft

nach Leipzigstrasse 26, in Herrn Spierling's Haus verlege und zugleich den Empfang sämtlicher Neuheiten der Tapissere-Branchen anzeige.

Das mit bisher erprobter Wohlthun bittet mich auch weiter betreiben zu wollen.

Anleitungen zu allen Neuheiten werden in gewohnter Weise kostenlos erteilt.

Hochachtungsvoll

Theod. Lühr Nachf.

Zur Confirmation empfehlen reichhaltige Auswahl in Schwarzen u. farbigen Kleiderstoffen, Leinen- u. Baumwollwaaren, fertige Unterröcke, Taschentücher, farbige Kessel — schwarze Schürzenreffer

Schulze & Petermann, Halle a. S., Oleariusstr. 5, 1 Str., Gehaus unterhalb der Marktkirch. Halle a. S., den 16. März 1895.

Zur Damen Schneiderei sämtliche Artikel zu Engros-Preisen Berliner Engros-Lager, Str. Altmühlstr. 32.

Advertisement for hair oil featuring an illustration of a woman's head and text: 'Die schicksten Damen in halbkugelförmiger Form', 'Schicklich (mit) trockenem bei jedem Malen', 'Frischheit, so kann eine Frisur ohne', 'Schicklichkeit (Schicklich-Glänze)', 'Schicklich (mit) trockenem bei jedem Malen', 'Frischheit, so kann eine Frisur ohne', 'Schicklichkeit (Schicklich-Glänze)', 'Schicklich (mit) trockenem bei jedem Malen', 'Frischheit, so kann eine Frisur ohne', 'Schicklichkeit (Schicklich-Glänze)'. Names: A. v. Guastieri, Hamburg 3. Herrn. Pöschel, Leipzig 17. Ford. Frommann, Weisf. 32. H. A. Schödelwitz Nachf., Weisf. 64. Oscar Beilke, Caff. u. Parfumer. Gen. Dir. Emil Max Hilpert, Leipzig VI.

Advertisement for shoe repair: 'Hierdurch mache Ihnen die ergebene Mitteilung, daß ich am Dienstag den 19. d. Mts. in Siebichenstein, Burgstraße 47 ein Zweiggeschäft meiner Lederhandlung, verbunden mit Schäftefabrik, sowie Lager sämtlicher Schuhmacher-Bedarfs-Artikel eröffnen werde. Gleichwie in meinem Hauptgeschäft kann ich Ihnen auch hier eine reichhaltige Auswahl aller einschlägigen Waaren zu äußerst gestellten Preisen offeriren. Besondere Vortheile werde Ihnen jedoch in Unter- und Oberleder-Ausschnitt, sowie vorzüglich gearbeiteten Schäften bieten können. Das meiner Firma seit nunmehr 25 Jahren in reichem Maße entgegen gebrachte Vertrauen meiner geehrten Abnehmer macht es mir zur besondern Pflicht, mein ganzes Können einzusetzen, um mit einem immer größeren Kreis treuer Abnehmer zu erwerben und zu erhalten. In der angenehmen Erwartung, daß auch Sie durch Anwendung Ihres Bedarfs mein neues Unternehmen freundlich unterstützen werden, zeichne ich mit vorzüglicher Hochachtung F. Noah, Lederhandlung und Schäftefabrik, Gv. Klausstraße 7.'

Advertisement for bread: '6 1/2 Pf. Brod 50 Pfg. Gewicht 46. Maßzahl 1. Das beste ist immer das billigste, darum mache jeder Herr einen Versuch mit Oster's berühmten unergiebigen schönen, kleinsten, zu feinen, köcheligen Herren-Anzügen und Paletots. Fordern Sie Muster umgehend. Kein Risiko. Adolf Oster in Wurs a. Rh. 26.'

